

Stämpflis juristische Lehrbücher

Heinz Hausheer
Regina E. Aebi-Müller

Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

5. Auflage



Stämpfli Verlag

An wen richtet sich eigentlich die Rechtsordnung? Anders gefragt: Wer gilt vor dem Gesetz als «Mitspieler» – und welche Attribute werden ihm zugeordnet? Diese Fragen stehen im Zentrum des vorliegenden Buches.

Das Personenrecht definiert die «Akteure» der Rechtsordnung und regelt deren rechtlichen Eigenschaften. Damit befasst es sich zunächst mit der Rechtsfähigkeit, d.h. mit der Zurechenbarkeit von Rechten und Pflichten gegenüber der natürlichen und der von der Rechtsordnung als solche anerkannten juristischen Person. Es äussert sich sodann zu den konkreten Voraussetzungen der Teilhabe am Rechtsverkehr, der sog. Handlungsfähigkeit. Ferner werden bestimmte rechtliche Eigenschaften als «Status» der natürlichen Personen definiert, die deren persönlichen (Verwandtschaft, Name) und örtlichen Verankerung (Heimat und Wohnsitz) in der Rechtsgemeinschaft dienen. Zudem geniessen natürliche und juristische Personen als solche den ganz besonderen Schutz der Rechtsordnung. Diesem Persönlichkeitsschutz gilt im vorliegenden Lehrbuch ein besonderes Augenmerk. Überdies werden die im ZGB beheimateten allgemeinen Bestimmungen zu den juristischen Personen sowie Verein und Stiftung erläutert.

Die Neuauflage des für Studium und Praxis gleichermaßen beliebten Lehrbuches berücksichtigt die Entwicklungen in der Gesetzgebung, Lehre und Rechtsprechung.

Heinz Hausheer

Dr. iur. Dr. h.c., em. Professor an der Universität Bern

Regina E. Aebi-Müller

Dr. iur., Professorin an der Universität Luzern

Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches

5. Auflage



Stämpfli Verlag

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2020
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-8486-1

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-8487-8



Vorwort zur 5. Auflage

Das Personenrecht (Art. 11 bis 89c) des Schweizerischen Zivilgesetzbuches ist im Privatrecht von zentraler Bedeutung. Zunächst einmal umschreibt es mit dem Begriff der Rechtsfähigkeit die Akteure der gesamten Rechtsordnung, nämlich die der Rechtsordnung vorgegebene natürliche und (dem Grundsatz nach bzw. spezifischer für Verein und Stiftung) auch die als selbstständige Rechtsträger anerkannten juristischen Personen. Es äussert sich im Zusammenhang mit der Handlungsfähigkeit ferner zu den konkreten Voraussetzungen der Teilhabe am Rechtsverkehr i.S. der Handlungsfähigkeit, einerseits als rechtsverbindliche Lebensgestaltung (Geschäftsfähigkeit), andererseits als Verantwortlichkeit gegenüber Dritten (Deliktsfähigkeit). Sodann befasst sich das Personenrecht mit der örtlichen Verankerung der Rechtssubjekte aufgrund von Sitz und Wohnsitz und für natürliche Personen zusätzlich mit der Heimat, d.h. dem Bürgerrecht. Thema des Personenrechts ist ferner die Individualisierung natürlicher und juristischer Personen durch den Namen und mit der familialen Einbindung der natürlichen Person in Verwandtschaft und Schwägerschaft. All diese Grundbegriffe des Zivilgesetzbuches sind weit über das Privatrecht hinaus auch im öffentlich-rechtlichen Bereich von Bedeutung.

Sowohl natürliche als auch juristische Personen sind Gegenstand des besonderen Rechtsschutzes, der als Persönlichkeitsschutz bezeichnet wird. Dabei hat sich der Mut zur Generalklausel in Art. 28 ZGB im Laufe der Jahrzehnte bewährt. Angesichts der vielfältigen neuen Chancen und Bedrohungen der Persönlichkeit zeigt sich der besondere Vorteil der Offenheit und Flexibilität dieser Norm. Tatsächlich hat der Persönlichkeitsschutz Anlass zu einer ebenso reichhaltigen wie insgesamt fruchtbaren Rechtsfortbildung gegeben. Diese ist angesichts der Komplexität gewisser Lebensbereiche allerdings auch an Grenzen gestossen, die spezialgesetzlich geregelt wurden, u.a. im Datenschutzgesetz. Diese Sonderbereiche werden im vorliegenden Werk ebenfalls – wenn gleich nur in knapper Form – angesprochen.

Das Lehrbuch erscheint nunmehr bereits in 5. Auflage. Die Aktualisierung wurde genutzt, um das Layout zu verbessern und die Leserlichkeit durch Verwendung von Fussnoten zu erleichtern. Im Übrigen wurde das bewährte Konzept beibehalten. Dem Charakter als Lehrbuch entspricht es weiterhin, nur sparsam auf weiterführende Literatur zu verweisen, diese findet sich zudem primär jeweils am Anfang der einzelnen Kapitel.

Die Verfasser bedanken sich beim Lehrstuhlteam von Regina E. Aebi-Müller für die Mitarbeit bei der Aktualisierung und Neuformatierung. Besonderer Dank gebührt Frau Jaël Amrhein, MLaw, Herrn Mario Bünter, MLaw, Frau Gina Ilana Dür, MLaw, sowie Frau Ann-Kathrin Brackwehr, BLaw.

Bern/Luzern, im Mai 2020

Die Verfasser

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Allgemeine Literatur	XLI
§ 1 Einleitung	1
I. Gegenstand des Personenrechts	1
II. Gesetzessystematik	2
Die natürlichen Personen	5
§ 2 Rechtsfähigkeit	5
I. Begriff	5
II. Bedeutung von Art. 11 ZGB	6
III. Rechtsfähigkeit juristischer Personen	11
IV. Kreis der rechtsfähigen Subjekte	12
V. Terminologie	12
§ 3 Anfang und Ende der Persönlichkeit	14
I. Beginn der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB)	15
II. Rechtsstellung des ungeborenen Kindes	18
III. Ende der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB)	23
§ 4 Beweis von Leben und Tod	28
I. Allgemeines	28
II. Zu den Beweisvorschriften im Allgemeinen	29
III. Beweis von Leben und Tod einer Person	31
IV. Exkurs: Register und Verfahren	35
§ 5 Verschollenheit	39
I. Allgemeines	39
II. Verfahren der Verschollenerklärung	42
III. Wirkungen der Verschollenerklärung	44
§ 6 Handlungsfähigkeit im Allgemeinen	46
I. Grundlagen	47
II. Volljährigkeit als objektive Voraussetzung der Handlungsfähigkeit ..	49
III. Urteilsfähigkeit als subjektive Voraussetzung der Handlungsfähigkeit	50
IV. Abgrenzungen	67
§ 7 Verschiedene Stufen der Handlungsfähigkeit	70
I. Übersicht	70
II. Unterschiedliche Arten von (Rechts-)Handlungen bzw. verschiedene Handlungstypen	73
III. Rechtsstellung des vollständig Handlungsunfähigen (Art. 18 ZGB) ..	80

IV.	Rechtsstellung des beschränkt Handlungsunfähigen im Allgemeinen	89
V.	Einschränkungen der Handlungsfähigkeit zufolge Ehe	99
VI.	Massnahmen des Erwachsenenschutzes	99
§ 8	Verwandtschaft und Schwägerschaft	105
I.	Verwandtschaft	105
II.	Schwägerschaft	107
III.	Bedeutung von Art. 20 und 21 ZGB	108
§ 9	Wohnsitz und Heimat	110
I.	Allgemeines zu Wohnsitz und Heimat	110
II.	Heimat (Art. 22 ZGB)	111
III.	Einleitende Bemerkungen zum Wohnsitz	113
IV.	Selbstständiger Wohnsitz nach Art. 23 Abs. 1 ZGB	117
V.	Aufenthalt zu Sonderzwecken in Anstalten und dgl.	122
VI.	Geschäftsniederlassung	125
VII.	Wohnsitztatbestände von Art. 24 ZGB	126
VIII.	Abgeleiteter Wohnsitz (Art. 25 ZGB)	129
IX.	Auf den Wohnsitz verweisende Normen	131
§ 10	Allgemeines zum Persönlichkeitsschutz	133
I.	Grundsätzliches und Begriffsbestimmung	134
II.	Grundsätze des Persönlichkeitsschutzes	135
III.	Charakterisierung der Persönlichkeitsrechte	137
IV.	Subjekte des Persönlichkeitsschutzes	142
V.	Zum Verhältnis zwischen privat- und öffentlich-rechtlichem Persönlichkeitsschutz	143
VI.	Abgrenzung von Art. 27 und 28 ff. ZGB	151
VII.	Verhältnis des allgemeinen Persönlichkeitsschutzes von Art. 27/28 ff. ZGB zu Sondervorschriften	152
§ 11	Der Persönlichkeitsschutz nach Art. 27 ZGB	155
I.	Inhalt und Schutzzweck von Art. 27 ZGB	155
II.	Schutz der Dispositionsfähigkeit nach Art. 27 Abs. 1 ZGB	156
III.	Schutz der – zukunftsgerichteten, lebensgestaltenden – Entscheidungsfreiheit nach Art. 27 Abs. 2 ZGB	157
IV.	Rechtsfolgen einer i.S.v. Art. 27 Abs. 2 ZGB unzulässigen Bindung ..	164
§ 12	Persönlichkeitsschutz gemäss Art. 28 ZGB	169
I.	Grundlagen	171
II.	Insbesondere zur Voraussetzung der Widerrechtlichkeit	173
III.	Schutzzumfang von Art. 28 ZGB in sachlicher Hinsicht	183
IV.	Schutz der physischen und sexuellen Integrität	183
V.	Schutz der affektiven (emotionalen) Persönlichkeit; insbesondere der Schutz der Integrität des Gefühlslebens	192
VI.	Schutz der sozialen Persönlichkeit	198
VII.	Recht am eigenen Bild	223
VIII.	Schutz der wirtschaftlichen Persönlichkeit	227

§ 13	Besondere Ausprägungen des Persönlichkeitsschutzes	230
I.	Geheimhaltungspflicht im Zusammenhang mit Berufs- und Amtsgeheimnissen	230
II.	Datenschutz.....	237
III.	Schutz der Persönlichkeitsrechte im Bereich des (berufsmässig ausgeübten) Sports	240
IV.	Fortpflanzungsmedizin und Kenntnis der Abstammung.....	245
V.	Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers	249
§ 14	Klagen des Persönlichkeitsschutzes	254
I.	Grundlagen	255
II.	Spezifische (,besondere') Klagen zum Schutz der Persönlichkeit	259
III.	„Allgemeine' Klagen zum Schutz der Persönlichkeit (Art. 28a Abs. 3 ZGB)	277
IV.	Überblick über die verschiedenen Klagen.....	287
V.	Formalien	287
VI.	Vorsorgliche Massnahmen	288
§ 15	Das Gegendarstellungsrecht	300
I.	Zweck und Inhalt	300
II.	Voraussetzungen des Gegendarstellungsrechts	302
III.	Ausübung des Gegendarstellungsrechts	310
§ 16	Der Name	318
I.	Vorbemerkung: Kennzeichnungsrechte im Allgemeinen	318
II.	Der Name als Teilaspekt der Persönlichkeit	319
III.	Der Familienname	321
IV.	Der Vorname	327
V.	Schutz des Namens	328
VI.	Verhältnis zwischen Art. 28 und 29 ZGB	330
VII.	Namensänderung (Art. 30 ZGB).....	330
	Die juristischen Personen	335
§ 17	Die juristischen Personen im Allgemeinen	335
I.	Historische Entwicklung	336
II.	Juristische Personen des ZGB	338
III.	Juristische Personen ausserhalb des Bundesprivatrechts.....	345
IV.	Übersicht	349
V.	Anfang und Ende der juristischen Personen.....	350
VI.	Rechtsfähigkeit der juristischen Personen	353
VII.	Handlungsfähigkeit der juristischen Personen	356
VIII.	«Durchgriff»	369
IX.	Sitz der juristischen Person (Art. 56 ZGB)	372
§ 18	Der Verein.....	374
I.	Begriff und Bedeutung des Vereins	375
II.	Vereinszweck	376
III.	Die Gründung des Vereins.....	378
IV.	Vereinsorganisation	381
V.	Die Vereinsmitgliedschaft	385

VI. Vereine und Verbände mit Sektionen.....	396
VII. Auflösung des Vereins.....	398
§ 19 Die Stiftung	400
I. Begriff, Bedeutung und Arten von Stiftungen	401
II. Gesetzliche Grundlagen	404
III. Errichtung der Stiftung	405
IV. Organisation der Stiftung	410
V. Beaufsichtigung der Stiftung.....	413
VI. Umwandlung der Stiftung	416
VII. Aufhebung der Stiftung	420
VIII. Familienstiftung.....	423
IX. Kirchliche Stiftung	427
X. Personalfürsorgestiftung.....	428
XI. Sammelvermögen	432
XII. Unternehmensstiftung.....	434
XIII. Exkurs: Trust	438
§ 20 Sachregister	447

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Allgemeine Literatur	XLI
§ 1 Einleitung	1
I. Gegenstand des Personenrechts	1
II. Gesetzssystematik	2
1. Personenrecht als Teil des Zivilgesetzbuches	2
2. Personenrecht als Teil des ‚Allgemeinen Teils‘ des ZGB	3
3. Natürliche und juristische Personen	3
Die natürlichen Personen	5
§ 2 Rechtsfähigkeit	5
I. Begriff	5
II. Bedeutung von Art. 11 ZGB	6
1. Allgemeines	6
2. Umfang der Rechtsfähigkeit.....	6
a) Grundsatz: Gleiche Rechtsfähigkeit.....	6
b) Alter	7
c) Geschlecht	7
d) Gesundheit bzw. Urteilsfähigkeit.....	8
e) Ehre.....	8
f) Kindesverhältnis	9
g) Ausländische Nationalität oder Wohnsitz im Ausland.....	9
h) Rechtsfähigkeitsbeschränkungen früherer Rechtsordnungen.....	10
3. Rechtsfähigkeit aufgrund ausländischen Rechts	10
4. Beispiele.....	11
III. Rechtsfähigkeit juristischer Personen	11
1. Allgemeines	11
2. Beispiele.....	11
IV. Kreis der rechtsfähigen Subjekte	12
V. Terminologie	12
§ 3 Anfang und Ende der Persönlichkeit	14
I. Beginn der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB)	15
1. Die praktische Bedeutung der Bestimmung des Beginns der Persönlichkeit.....	15
2. Die materiellen Kriterien zur Bestimmung des Beginns der Persönlichkeit.....	16
a) Die Regel nach Art. 31 Abs. 1 ZGB	16
b) Die «vollendete Geburt»	16
c) Das Erfordernis des «Lebens» nach vollendeter Geburt	16

	d) Erfordernis der Lebensfähigkeit?	17
II.	Rechtsstellung des ungeborenen Kindes.....	18
	1. Inhalt von Art. 31 Abs. 2 ZGB.....	18
	2. Praktische Bedeutung von Art. 31 Abs. 2 ZGB	19
	a) Im Allgemeinen	19
	b) Im Familienrecht.....	19
	c) Im Erbrecht	20
	d) Im Schuldrecht (Art. 41 ff. OR).....	20
	e) Im Strafrecht	21
	f) Sonderprobleme im Zusammenhang mit der Fortpflanzungsmedizin	22
	3. Das noch nicht gezeugte Kind (der sog. Nondum Conceptus)	22
III.	Ende der Persönlichkeit (Art. 31 Abs. 1 ZGB).....	23
	1. Tragweite von Art. 31 Abs. 1 ZGB	23
	2. Der absolute Todeszeitpunkt.....	25
	3. Der relative Todeszeitpunkt	25
	a) Begriff.....	25
	b) Praktische Bedeutung	26
	c) Bestimmung des relativen Todeszeitpunktes	26
§ 4	Beweis von Leben und Tod.....	28
I.	Allgemeines	28
II.	Zu den Beweisvorschriften im Allgemeinen.....	29
	1. Beweislastverteilung im Allgemeinen.....	29
	2. Gesetzliche und natürliche Vermutungen	29
III.	Beweis von Leben und Tod einer Person.....	31
	1. Art. 32 Abs. 1 ZGB als Beweislastregel.....	31
	2. Kommorientenvermutung nach Art. 32 Abs. 2 ZGB	31
	3. Die allgemeinen und besonderen Beweismittel nach Art. 33 ZGB	31
	4. Indizienbeweis des Todes bei Nichtauffinden der Leiche (die «Todeserklärung» i.S.v. Art. 34 ZGB)	32
	a) Inhalt und praktische Tragweite dieser Bestimmung	32
	b) Verhältnis von Art. 34 zu Art. 35 ff. ZGB (Verschollenheit).....	33
	aa) Abgrenzung.....	33
	bb) Praktische Auswirkungen dieser Abgrenzung.....	33
	c) Beispiele	34
	5. Eintragung des «sicheren Todes».....	35
IV.	Exkurs: Register und Verfahren.....	35
	1. Allgemeines	35
	2. Ordnung der sachlichen Zuständigkeit	36
	3. Elektronische Registerführung.....	36
	4. Meldepflichten	37
	5. Berichtigung der Register	37
	6. Datenschutz.....	38
§ 5	Verschollenheit	39
I.	Allgemeines	39
	1. Begriff der Verschollenheit.....	39
	2. Die unterschiedlichen Fälle der Verschollenheit	39
	a) Verschwinden in hoher Todesgefahr	40

b) Lange nachrichtenlose Abwesenheit.....	40
c) Abgrenzung der beiden Tatbestände.....	41
d) Beispiele.....	41
3. Art. 35 ZGB als gesetzliche Vermutung.....	42
II. Verfahren der Verschollenerklärung.....	42
1. Formelle Voraussetzungen (Art. 35 ff. ZGB).....	42
2. Verfahrensabschnitte.....	43
3. Beispiel (aus dem kantonalen Amtsblatt).....	43
4. Verschollenerklärung von Amtes wegen (Art. 550 ZGB).....	44
III. Wirkungen der Verschollenerklärung.....	44
1. Wirkungen im Allgemeinen.....	44
2. Wirkungen im Einzelnen.....	44
a) Im Familienrecht.....	44
b) Im Erbrecht.....	45
c) Weitere Wirkungen.....	45
§ 6 Handlungsfähigkeit im Allgemeinen.....	46
I. Grundlagen.....	47
1. Begriff, Grundsätze und Zweck der Handlungsfähigkeit.....	47
2. Formen der Handlungsfähigkeit.....	48
3. Voraussetzungen der (vollen) Handlungsfähigkeit.....	49
II. Volljährigkeit als objektive Voraussetzung der Handlungsfähigkeit..	49
III. Urteilsfähigkeit als subjektive Voraussetzung der	
 Handlungsfähigkeit.....	50
1. Bedeutung der Urteilsfähigkeit.....	50
2. Gesetzliche Umschreibung der Urteilsfähigkeit.....	50
3. Materielle Voraussetzungen der Urteilsfähigkeit im Bereich der	
Geschäftsfähigkeit.....	51
a) Willensbildungsfähigkeit.....	51
aa) Erfordernis verstandesgemässen Urteilsvermögens.....	51
bb) Realitätsbezug des Urteilsvermögens.....	52
cc) Fähigkeit zur Bildung nachvollziehbarer Motive.....	53
dd) Erfordernis der Motivkontrolle.....	54
ee) Fähigkeit zur Willensbildung i.e.S. (Entschlusskraft).....	54
b) Willensumsetzungsfähigkeit.....	54
4. Urteilsfähigkeit im Bereich der Delikts- bzw. Verschuldensfähigkeit	
a) Problemstellung.....	55
b) Fähigkeit zur Einsicht in die Schädigungsmöglichkeit.....	55
c) Fähigkeit zur Einsicht in das Unrecht der Schadenszufügung.....	56
d) Steuerungsfähigkeit.....	56
e) Beispiele zur Deliktsfähigkeit.....	57
5. Objektive Grundlagen der Urteilsunfähigkeit.....	57
a) Problemstellung.....	57
b) Kindesalter.....	58
aa) Hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit.....	58
bb) Hinsichtlich der Verschuldens- bzw. Deliktsfähigkeit.....	59
c) Psychische Störung.....	59
d) Geistige Behinderung.....	60
e) Rausch und «ähnliche Zustände».....	61

6. Relativität der Urteilsfähigkeit	62
7. Beweislast und Beweismass	64
8. Sonderfragen	65
a) Urteilsfähigkeit und psychopathische Querulanz.....	65
b) Urteilsfähigkeit und Versicherungsrecht.....	66
aa) Privatversicherung	66
bb) Unfallversicherung	66
IV. Abgrenzungen.....	67
1. Handlungsfähigkeit und Rechtsfähigkeit	67
2. Parteifähigkeit	67
3. Prozessfähigkeit	68
4. Verfügungsfähigkeit und Prozessführungsbefugnis	68
5. Zusammenfassung.....	69
§ 7 Verschiedene Stufen der Handlungsfähigkeit.....	70
I. Übersicht	70
1. Abstufungen der Handlungsfähigkeit.....	70
2. Die Handlungs(un)fähigkeit einer bestimmten Person.....	71
II. Unterschiedliche Arten von (Rechts-)Handlungen bzw. verschiedene Handlungstypen.....	73
1. Übersicht.....	73
2. Rechtsgeschäftliche Willensäußerungen.....	73
3. Erwerb unentgeltlicher Vorteile (Verweis)	74
4. Geringfügige Angelegenheiten des täglichen Lebens (Verweis)	74
5. Rechtsgeschäftsähnliche Willensäußerungen.....	74
6. (Erlaubte) Tathandlungen, Realakte.....	75
7. Unerlaubte Handlungen (deliktisches Verhalten).....	75
8. Unterlassungen mit Rechtsfolgen.....	76
9. Höchstpersönliche Rechte	77
a) Höchstpersönliche Rechte im Allgemeinen	77
b) Relativ höchstpersönliche Rechte	77
c) Absolut höchstpersönliche Rechte	78
d) Zusammenfassung	80
III. Rechtsstellung des vollständig Handlungsunfähigen (Art. 18 ZGB)...	80
1. Kreis der handlungsunfähigen Personen	80
2. Rechtliche Wirkungen der Urteilsunfähigkeit.....	81
a) Allgemeines	81
b) Rechtliche Wirkungen der Urteilsunfähigkeit im Zusammenhang mit rechtsgeschäftlichem Handeln	81
aa) Regel: Nichtigkeit der Rechtsgeschäfte des Urteilsunfähigen.....	81
bb) Auswirkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes	81
cc) Ausgleichsansprüche bei Vertragsnichtigkeit	82
dd) Ausnahmen von der Nichtigkeitsfolge	83
ee) Vorbehalte gegenüber dem Grundsatz der Vertragsnichtigkeit.....	84
c) Rechtsfolgen des Handelns des Urteilsunfähigen im Zusammenhang mit Realakten und ausservertraglicher Haftung..	84
3. Vertretung des vollständig Handlungsunfähigen	86

4. Gesetzliche Vertretung und Sorgerevollmacht	87
5. Fehlen eines Vertreters.....	87
6. Patientenverfügung	88
IV. Rechtsstellung des beschränkt Handlungsunfähigen im Allgemeinen	89
1. Überblick und Terminologie	89
2. Handlungen, die der beschränkt Handlungsunfähige selbstständig mit voller Rechtswirkung vornehmen kann	90
a) Rechtshandlungen, die generell nur Urteilsfähigkeit erfordern....	90
b) Erlangen unentgeltlicher Vorteile	91
aa) Allgemeines	91
bb) Begriff des «unentgeltlichen Vorteils».....	91
c) Besorgen geringfügiger Angelegenheiten des täglichen Lebens...	92
d) Ausübung höchstpersönlicher Rechte	93
aa) Allgemeines	93
bb) Begriff der Ausübung höchstpersönlicher Rechte.....	93
cc) Höchstpersönlichkeit als Fehlen der Vertretungsmacht bei Urteilsfähigkeit des Betroffenen?.....	95
e) Gesetzliche Sonderbestimmungen mit Ermächtigungscharakter ..	95
f) Vertretung Dritter und Organstellung	96
3. Rechtsgeschäftliches Handeln mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (Art. 19 f. ZGB)	96
a) Allgemeines zur Zustimmung	97
b) Begriff und Rechtsnatur der Zustimmung.....	97
c) Form und Modalitäten der Zustimmung	98
aa) Ermächtigung	98
bb) Mitwirkung	98
cc) Genehmigung	98
V. Einschränkungen der Handlungsfähigkeit zufolge Ehe	99
VI. Massnahmen des Erwachsenenschutzes	99
1. Zur Revision des Vormundschaftsrechts	100
2. Übersicht	100
3. Erwachsenenschutz und Handlungsfähigkeit	101
a) Allgemeines	101
b) Verbleibender Handlungsspielraum der urteilsfähigen, verbeiständeten Person	102
4. Beistandschaften als «Massnahmen nach Mass»	102
5. Insbesondere die umfassende Beistandschaft.....	103
6. Information über erwachsenenschutzrechtliche Massnahmen und Schutz Dritter	104
§ 8 Verwandtschaft und Schwägerschaft	105
I. Verwandtschaft	105
1. Verwandtschaftsbegriff nach Art. 20 ZGB	105
2. Abgrenzungen	105
a) Verwandtschaft als Blutsverwandtschaft	105
b) Stiefverwandtschaft	106
c) Kantonale Bestimmungen	106
3. Gradnähe der Verwandtschaftsbeziehungen	106
a) Regelung des ZGB	106

	b) Hinweis auf die Parentelenordnung germanisch-rechtlichen Ursprungs.....	107
	4. Linienteilung der Verwandtschaft.....	107
II.	Schwägerschaft.....	107
	1. Begriff.....	107
	2. Voraussetzungen der Begründung eines Schwägerschaftsverhältnisses	107
	3. Dauer der Schwägerschaft.....	108
III.	Bedeutung von Art. 20 und 21 ZGB	108
§ 9	Wohnsitz und Heimat	110
I.	Allgemeines zu Wohnsitz und Heimat	110
II.	Heimat (Art. 22 ZGB)	111
	1. Terminologisches	111
	2. Erwerb und Verlust des Bürgerrechts	112
	a) Privatrechtliche Normen	112
	b) Öffentlich-rechtliche Normen	113
III.	Einleitende Bemerkungen zum Wohnsitz	113
	1. Wohnsitzbegriff ausserhalb des ZGB.....	114
	2. Grundsätze des Wohnsitzrechts des ZGB	116
	a) Ausschliesslichkeit (Einheit) des Wohnsitzes	116
	b) Notwendigkeit eines Wohnsitzes	116
	3. Wohnsitzarten	116
IV.	Selbstständiger Wohnsitz nach Art. 23 Abs. 1 ZGB.....	117
	1. Begriff.....	117
	2. Aufenthalt als örtliche Anknüpfung bzw. objektives Tatbestandselement.....	117
	3. Absicht dauernden Verbleibens als persönliche Anknüpfung.....	118
	a) Nähere Charakterisierung der Voraussetzung.....	118
	b) Dauer des beabsichtigten Aufenthalts	119
	4. Wohnsitz bei ‚dezentralisierter‘ Lebensweise.....	120
	a) Konkurrenz Arbeitsort/Wohnort.....	121
	b) Sonderfälle.....	121
V.	Aufenthalt zu Sonderzwecken in Anstalten und dgl.....	122
	1. Bedeutung von Art. 23 Abs. 1 zweiter Halbsatz ZGB.....	122
	2. Mögliche Sonderzwecke	124
	3. Insbesondere der Aufenthalt zu Studienzwecken	125
VI.	Geschäftsniederlassung.....	125
	1. Bedeutung von Art. 23 Abs. 3 ZGB.....	125
	2. Begriff der Geschäftsniederlassung.....	125
VII.	Wohnsitztatbestände von Art. 24 ZGB.....	126
	1. Perpetuierung des bisherigen Wohnsitzes (Art. 24 Abs. 1 ZGB).....	126
	2. Aufenthaltsort als Wohnsitz (Art. 24 Abs. 2 ZGB).....	127
	a) Bedeutung von Art. 24 Abs. 2 ZGB.....	127
	aa) Fehlender Nachweis eines früheren Wohnsitzes	127
	bb) Aufgabe eines früheren ausländischen Wohnsitzes und fehlende Begründung eines primären Wohnsitzes in der Schweiz	128
	b) Begriff des Aufenthaltsortes	128

VIII. Abgeleiteter Wohnsitz (Art. 25 ZGB)	129
1. Wohnsitz der Ehegatten	129
2. Wohnsitz des Kindes unter elterlicher Sorge bzw. unter Vormundschaft.....	130
3. Wohnsitz des Volljährigen unter umfassender Beistandschaft.....	130
IX. Auf den Wohnsitz verweisende Normen.....	131
1. Vorbemerkungen.....	131
2. Beispiele für die Bezugnahme auf den Wohnsitz im Zivil- bzw. Zivilprozessrecht.....	132
a) Behördenzuständigkeit im ZGB.....	132
b) Weitere gesetzliche Anknüpfungen beim Wohnsitz im ZGB	132
c) Beispiele für Anknüpfungen an den Wohnsitz im OR.....	132
d) Beispiele für Anknüpfungen an den Wohnsitz in der ZPO	132
§ 10 Allgemeines zum Persönlichkeitsschutz	133
I. Grundsätzliches und Begriffsbestimmung	134
II. Grundsätze des Persönlichkeitsschutzes.....	135
1. Persönlichkeitsschutz als Garantie, nicht Rechtsgewährung	135
2. Rechtsquellen des Persönlichkeitsschutzes	135
3. Unterschiede zwischen Art. 27/28 ff. ZGB und der übrigen Schutzfunktion der Rechtsordnung	135
4. Gefahr einer Ausuferung des Persönlichkeitsschutzes	136
5. Bedeutung des Persönlichkeitsschutzes	136
III. Charakterisierung der Persönlichkeitsrechte	137
1. Allgemeines	137
2. Nichtvermögenswerte (ideelle) Güter als Schutzobjekte.....	137
3. Persönlichkeitsrechte als höchstpersönliche Rechte.....	138
4. Persönlichkeitsrechte als absolute Rechte	138
5. Negatorische Wirkung des Persönlichkeitsschutzes.....	139
6. Unverjährbarkeit	139
7. Unübertragbarkeit	140
8. Unvererblichkeit.....	141
9. Persönlichkeitsrechte als unverzichtbare Rechte.....	142
IV. Subjekte des Persönlichkeitsschutzes	142
V. Zum Verhältnis zwischen privat- und öffentlich-rechtlichem Persönlichkeitsschutz	143
1. Allgemeines	143
2. Zur Abgrenzung zwischen privat- und öffentlich-rechtlichem Persönlichkeitsschutz.....	144
3. Verfassungsrecht als Grundlage des Persönlichkeitsschutzes im öffentlich-rechtlichen Bereich.....	145
a) Schutzbereich der persönlichen Freiheit	145
b) Hinweis auf weitere, persönlichkeitsrelevante Grundrechte	147
c) Einschränkung der Grundrechte.....	148
4. Ausstrahlung verfassungsmässiger Rechte auf das Privatrecht und umgekehrt	148
5. Schutz der Persönlichkeit im Strafrecht	150
VI. Abgrenzung von Art. 27 und 28 ff. ZGB	151
1. Nach der Art der Beeinträchtigung	151

2. Nach der Schutzrichtung	151
VII. Verhältnis des allgemeinen Persönlichkeitsschutzes von Art. 27/28 ff. ZGB zu Sondervorschriften	152
1. Allgemeines	152
2. Sonderbestimmungen zu Art. 27 ZGB (Auswahl)	152
a) Im ZGB	152
b) Im OR (Auswahl)	152
c) In Spezialgesetzen.....	153
3. Sonderbestimmungen zu Art. 28 ff. ZGB (Auswahl).....	153
a) Im ZGB	153
b) Im OR	153
c) In Spezialgesetzen.....	154
§ 11 Der Persönlichkeitsschutz nach Art. 27 ZGB	155
I. Inhalt und Schutzzweck von Art. 27 ZGB.....	155
II. Schutz der Dispositionsfähigkeit nach Art. 27 Abs. 1 ZGB	156
III. Schutz der – zukunftsgerichteten, lebensgestaltenden – Entscheidungsfreiheit nach Art. 27 Abs. 2 ZGB	157
1. Allgemeines	157
2. Fallgruppen zu Art. 27 Abs. 2 ZGB	158
3. Unzulässigkeit zufolge des Gegenstands der Bindung.....	159
4. Unzulässigkeit zufolge des Ausmasses der Bindung.....	159
a) Allgemeines	159
b) Beurteilung des Bindungsmasses	160
c) Beispiele	160
5. Insbesondere zum Verhältnis zwischen Art. 27 ZGB und Art. 2 Abs. 2 ZGB (Rechtsmissbrauch).....	163
IV. Rechtsfolgen einer i.S.v. Art. 27 Abs. 2 ZGB unzulässigen Bindung ..	164
1. Nichtigkeit als (historischer) Ausgangspunkt.....	164
2. Differenzierung je nach Anwendungsbereich von Art. 27 Abs. 2 ZGB: Übersicht.....	165
3. Rechtsfolgen bei ihrem Gegenstand nach unzulässigen Bindungen (Kernbereich der Persönlichkeit)	165
4. Rechtsfolgen bei Übermass der Bindung	166
5. Schadenersatzpflichten.....	168
a) Haftung der geschützten Person.....	168
b) Haftung des Vertragspartners.....	168
§ 12 Persönlichkeitsschutz gemäss Art. 28 ZGB.....	169
I. Grundlagen	171
1. Inhalt und Zweck von Art. 28 ZGB	171
2. Kein ausdrückliches Verbot unerlaubter Eingriffe	171
3. Tatbestand von Art. 28 ZGB	171
a) Begriff der Persönlichkeit	171
b) Verletzung der Persönlichkeit.....	172
c) Widerrechtlichkeit der Verletzung.....	173
4. Anwendungsbereich.....	173
II. Insbesondere zur Voraussetzung der Widerrechtlichkeit.....	173
1. Konkrete Interessenabwägung mittels zweistufiger Vorgehensweise ..	173
2. Rechtfertigungsgründe im Einzelnen	174

a)	Einwilligung des Verletzten.....	175
aa)	Allgemeines	175
bb)	Einwilligung bei Urteilsunfähigkeit des Betroffenen (mutmassliche Einwilligung)	176
cc)	Widerruf der Einwilligung (Art. 27 ZGB).....	176
dd)	Wirkungslosigkeit der Einwilligung.....	177
b)	Wahrung höherer Interessen	177
c)	Insbesondere zum Informationsauftrag der Presse.....	179
d)	Notwehr, Notstand.....	181
e)	Rechtfertigung durch gesetzliche Spezialbestimmungen	182
III.	Schutzzumfang von Art. 28 ZGB in sachlicher Hinsicht	183
1.	Persönlichkeitsrecht als Generalklausel	183
2.	Übersicht über die wichtigsten Persönlichkeitsgüter im Zusammenhang mit Art. 28 ZGB.....	183
IV.	Schutz der physischen und sexuellen Integrität.....	183
1.	Grundsatz der Unantastbarkeit des Körpers	183
2.	Schranken dieses Grundsatzes	184
a)	Einwilligung des Verletzten.....	184
b)	Bedürfnisse des menschlichen Zusammenlebens.....	185
3.	Insbesondere das Verhältnis zwischen Arzt und Patient	185
a)	Allgemeines	187
b)	Erfordernis der Einwilligung des Patienten und die Aufklärung durch den Arzt	188
c)	Modalitäten der Einwilligung	189
d)	Zivilrechtliche Folgen bei fehlender Einwilligung und mangelhafter Aufklärung	189
e)	Hypothetische Einwilligung.....	190
f)	Gesetzliche Vertretung, Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag	191
4.	Befugnis zur Verfügung über die eigene Leiche	192
V.	Schutz der affektiven (emotionalen) Persönlichkeit; insbesondere der Schutz der Integrität des Gefühlslebens	192
1.	Zufügung von physischem Schmerz	193
2.	Körperliche Entstellung	194
3.	Leidzufügung durch Tötung oder schwere physische Schädigung eines Angehörigen.....	194
4.	Verletzung des Andenkens an den Verstorbenen (Pietätsgefühl).....	195
5.	Schutz der ehelichen und/oder familiären Beziehungen.....	196
6.	Weitere Tatbestände im Bereiche des Gefühlslebens (Beispiele)	197
VI.	Schutz der sozialen Persönlichkeit.....	198
1.	Zivilrechtlicher Ehrenschatz	199
a)	Begriff der Ehre	199
aa)	Menschlich-sittliche Geltung einer Person (Primärbereich der Ehre).....	199
bb)	Gesellschaftliche Geltung einer Person (Sekundärbereich der Ehre).....	200
b)	Kredit.....	200
c)	Abgrenzung zum Strafrecht	200
d)	Relativität der Ehre	201

e)	Weniger verletzliche ‚politische Seite‘ der Persönlichkeit.....	202
f)	Satire, Karikatur, Humor.....	202
g)	Literarisches oder künstlerisches Werk	203
h)	Beispiele zur Ehrverletzung.....	204
i)	Formen ehrverletzender Äusserungen.....	205
aa)	Tatsachenbehauptung.....	206
bb)	Werturteil	207
j)	Insbesondere zur Ehrverletzung durch die Presse bzw. durch die Medien.....	208
2.	Schutz der informationellen Privatheit («Privat- und Geheimsphäre» und «informationelle Selbstbestimmung»).....	209
a)	Allgemeines	209
b)	«Drei-Sphären-Theorie»	210
aa)	Gemeinbereich (Öffentlichkeitssphäre).....	211
bb)	Geheimsphäre.....	211
cc)	Privatsphäre.....	212
dd)	Begrenzte Tragweite der Drei-Sphären-Theorie	212
c)	Recht auf informationelle Selbstbestimmung	213
aa)	Allgemeines	213
bb)	Vorbehalte.....	214
d)	Informationelle Privatheit	215
aa)	Allgemeines	215
bb)	Umfang des Schutzes der informationellen Integrität	215
e)	Fallgruppen.....	216
aa)	Unbefugtes Ausforschen des Privatlebens	216
bb)	Unbefugtes Weiterverbreiten personenbezogener Tatsachen	217
cc)	Speicherung von persönlichkeitsrelevanten Daten	218
f)	Schutz von Personen des öffentlichen Lebens	218
g)	Gerichtsberichterstattung	220
h)	Kunst, Kultur, Wissenschaft	221
VII.	Recht am eigenen Bild.....	223
1.	Allgemeines	223
2.	Insbesondere manipulierte Aufnahmen.....	226
VIII.	Schutz der wirtschaftlichen Persönlichkeit	227
1.	Allgemeines	227
2.	Boykotte und Kartelle	228
3.	Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit.....	229
§ 13	Besondere Ausprägungen des Persönlichkeitsschutzes.....	230
I.	Geheimhaltungspflicht im Zusammenhang mit Berufs- und Amtsgeheimnissen	230
1.	Besondere Voraussetzung für das Vorliegen eines strafrechtlich geschützten Berufs- bzw. Amtsgeheimnisses.....	230
2.	Auswirkungen der Geheimhaltungspflicht.....	231
3.	Insbesondere zum Arztgeheimnis	231
4.	Insbesondere zum Bank(kunden)geheimnis.....	233
5.	Insbesondere zum Berufsgeheimnis und zum Zeugnisverweigerungsrecht des Anwalts.....	234
6.	Weitere Geheimnistatbestände.....	236

II. Datenschutz.....	237
1. Interessenausgleich als Grundanliegen.....	238
2. Bundesdatenschutzgesetz von 1992.....	239
III. Schutz der Persönlichkeitsrechte im Bereich des (berufsmässig ausgeübten) Sports.....	240
1. Spielregel und Rechtsregel.....	241
2. Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Schiedsklauseln.....	243
IV. Fortpflanzungsmedizin und Kenntnis der Abstammung.....	245
1. Allgemeines.....	245
2. Fortpflanzungsmedizin.....	246
3. Kenntnis der eigenen Abstammung.....	247
4. Kenntnis der Elternschaft und Verwandtschaft.....	249
V. Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers.....	249
1. Das vertragliche Arbeitsverhältnis.....	250
a) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.....	250
b) Einschränkung des Persönlichkeitsschutzes.....	251
2. Öffentliches Arbeitsschutzrecht.....	251
3. Beispiele.....	252
§ 14 Klagen des Persönlichkeitsschutzes.....	254
I. Grundlagen.....	255
1. Übersicht.....	255
2. Aktiv- und Passivlegitimation.....	255
a) Aktivlegitimation.....	255
b) Verbandsklagerecht.....	256
c) Passivlegitimation.....	257
3. Schutzzumfang in zeitlicher Hinsicht.....	258
4. Übersicht über die Rechtsbehelfe nach Art. 28a ZGB.....	258
II. Spezifische („besondere“) Klagen zum Schutz der Persönlichkeit.....	259
1. Klage auf Unterlassung.....	259
a) Zweck und Inhalt der Klage.....	259
b) Provisorischer Rechtsschutz.....	260
c) Vollstreckung.....	260
2. Klage auf Beseitigung.....	261
a) Zweck und Inhalt der Klage.....	261
b) Vollstreckung.....	261
3. Klage auf Feststellung.....	262
a) Allgemeines.....	262
b) Feststellungsinteresse und Klagehäufung.....	262
c) Klagehäufung.....	263
d) Insbesondere zur Klagelegitimation nach abgeschlossener Störungshandlung.....	264
e) Vollstreckung.....	265
4. Mitteilung oder Publikation einer Berichtigung oder eines Urteils.....	266
a) Zweck.....	266
b) Bedeutung und Voraussetzungen.....	266
c) Vollstreckung.....	267
d) Verhältnis zwischen Berichtigung und Gegendarstellung.....	268

5.	Schutz gegen Gewalt, Drohungen und Nachstellungen nach Art. 28b–28c ZGB	268
a)	Zweck und Hintergrund von Art. 28b ZGB	268
b)	Konzept von Art. 28b ZGB	270
c)	Verhältnismässigkeitsprüfung	270
d)	Die Schutzmassnahmen im Einzelnen	271
aa)	Allgemeines	271
bb)	Annäherungsverbot (Art. 28b Abs. 1 Ziff. 1 ZGB)	272
cc)	Orts- bzw. Rayonverbot (Art. 28b Abs. 1 Ziff. 2 ZGB)	272
dd)	Kontaktverbot (Art. 28b Abs. 1 Ziff. 3 ZGB)	273
ee)	Elektronische Überwachung (Art. 28c ZGB)	274
ff)	Wohnungsausweisung (Art. 28b Abs. 2 und 3 ZGB)	274
e)	Verfahren	275
f)	Kriseninterventionsstelle und Mitteilung an andere Behörden	276
g)	Beispiel	277
III.	„Allgemeine“ Klagen zum Schutz der Persönlichkeit (Art. 28a Abs. 3 ZGB)	277
1.	Verhältnis zu den besonderen persönlichkeitsrechtlichen Klagen	277
2.	Klage auf Schadenersatz	278
a)	Zweck	278
b)	Voraussetzungen der Haftpflicht	278
aa)	Schaden	278
bb)	Widerrechtlichkeit	279
cc)	Kausalzusammenhang	279
dd)	Verschulden/Kausalhaftung	280
c)	Vollstreckung	281
3.	Klage auf Genugtuung	282
a)	Zweck	282
b)	Voraussetzungen einer Genugtuung	282
aa)	Schwere seelische Unbill	282
bb)	Widerrechtlichkeit	283
cc)	Kausalzusammenhang	283
dd)	Verschulden/Kausalhaftung	283
c)	Beispiele	284
4.	Klage auf Herausgabe eines Gewinns	285
a)	Zweck	285
b)	Voraussetzungen	286
IV.	Überblick über die verschiedenen Klagen	287
V.	Formalien	287
1.	Zuständigkeit	287
2.	Rechtsmittelordnung	288
VI.	Vorsorgliche Massnahmen	288
1.	Vorbemerkung	288
2.	Allgemeine Voraussetzungen	289
a)	Übersicht	289
b)	Zur Glaubhaftmachung insbesondere	290
3.	Inhalt der Massnahmen	290
4.	Besondere Voraussetzungen im Falle periodisch erscheinender Medien	291

5.	Allgemeines zum anwendbaren Verfahren.....	293
a)	Schweizerische Zivilprozessordnung.....	293
b)	Grundsatz: Gewährung des rechtlichen Gehörs	294
c)	Ausnahme: Superprovisorium.....	294
6.	Stadium des Superprovisoriums	294
a)	Vorbemerkung	294
b)	Rechtsbegehren	295
c)	Entscheid	295
d)	Schutzschrift (Art. 270 ZPO).....	296
e)	Rechtsmittel	296
7.	Stadium des Provisoriums	297
8.	Rechtsmittel	297
9.	Stadium des Definitivums	298
§ 15	Das Gegendarstellungsrecht	300
I.	Zweck und Inhalt	300
II.	Voraussetzungen des Gegendarstellungsrechts	302
1.	Überblick	302
2.	Verhältnis zu vorsorglichen Massnahmen.....	302
3.	Voraussetzungen im Einzelnen	303
a)	Unmittelbare Betroffenheit	303
aa)	Persönliche Betroffenheit.....	303
bb)	Unmittelbarkeit der Betroffenheit	304
cc)	Abgrenzung zu den Persönlichkeitsverletzungen	304
b)	Tatsachendarstellung	305
aa)	Art der Tatsachendarstellung	305
bb)	Form der Tatsachendarstellung	306
c)	Periodisch erscheinendes Medium.....	307
aa)	Antwort auf die Informationsgesellschaft	307
bb)	Medium.....	307
cc)	Periodizität.....	308
d)	Wiedergabe der öffentlichen Verhandlung einer Behörde	308
e)	Fehlen eines offenbaren Rechtsmissbrauches als negatives Tatbestandselement.....	309
III.	Ausübung des Gegendarstellungsrechts.....	310
1.	Recht, von der bestrittenen Darstellung Kenntnis zu nehmen.....	310
2.	Form der Gegendarstellung.....	310
3.	Inhalt der Gegendarstellung	311
4.	Gesuch um Veröffentlichung	311
5.	Entscheid des Medienunternehmens	312
6.	Veröffentlichung der Gegendarstellung	313
a)	Modalitäten der Veröffentlichung.....	313
b)	Beschränktes Recht auf Replik	314
c)	Kostenlosigkeit der Gegendarstellung	314
7.	Anrufung des Gerichts; Prozessuales	315
a)	Sachlagen, die zur «Anrufung» führen können.....	315
b)	Zuständigkeit	315
c)	Frist und Verfahren	315
d)	Entscheid des Gerichts.....	316

8. Unterschiede zwischen dem Gendarstellungsrecht und den Klagen des Persönlichkeitsschutzes (Übersicht)	316
§ 16 Der Name	318
I. Vorbemerkung: Kennzeichnungsrechte im Allgemeinen	318
II. Der Name als Teilaspekt der Persönlichkeit	319
1. Bedeutung und Funktion des Namens	319
2. Gesetzliche Grundlagen	320
a) Natürliche Personen	320
b) Vereine und Stiftungen	320
c) Juristische Personen des OR	321
III. Der Familienname	321
1. Erwerb des Familiennamens	321
a) Kind verheirateter Eltern	321
b) Kind nicht verheirateter Eltern	322
c) Findelkind	323
d) Adoption	323
2. Der Familienname der Ehegatten	323
a) Frühere Rechtslage: Namenseinheit in der Familie	323
b) Geltende Rechtslage	324
3. Adelstitel	325
4. Pseudonyme	326
IV. Der Vorname	327
1. Namenswahl durch die Eltern	327
2. Kindeswohl als Grenze	327
V. Schutz des Namens	328
1. Namensfeststellung	328
2. Namensanmassung	328
3. Insbesondere der Domainname	329
VI. Verhältnis zwischen Art. 28 und 29 ZGB	330
VII. Namensänderung (Art. 30 ZGB)	330
1. Namensänderung nach Art. 30 Abs. 1 ZGB	330
a) Rechtslage und Praxis vor der Revision	330
b) Geltende Rechtslage	331
c) Beispiele	332
2. Anfechtung der Namensänderung	334
Die juristischen Personen	335
§ 17 Die juristischen Personen im Allgemeinen	335
I. Historische Entwicklung	336
1. Römisches Recht und Mittelalter	336
2. Jüngere Betrachtungsweisen der juristischen Person	336
a) (Romanistische) Fiktionstheorie	336
b) (Germanistische) Realitätstheorie	337
c) Auswirkungen auf die geltende Rechtsordnung	337
II. Juristische Personen des ZGB	338
1. Begriff und Zweck der juristischen Person	338
2. Wesenszüge der juristischen Person	338
3. Abgrenzung gegenüber Rechtsgemeinschaften	339

4.	Gesetzliche Ordnung der juristischen Personen	341
a)	Allgemeiner Teil: Art. 52–59 ZGB	341
b)	Besondere Bestimmungen	341
5.	Typenzwang oder ‚numerus clausus‘	342
6.	Grundsatz der Einheit des Rechts der juristischen Personen	343
7.	Körperschaften und Anstalten	344
a)	Körperschaften	344
b)	Anstalten	344
III.	Juristische Personen ausserhalb des Bundesprivatrechts	345
1.	Öffentlich-rechtliche juristische Personen	345
a)	Unechter Vorbehalt von Art. 59 Abs. 1 ZGB	345
b)	Abgrenzungskriterien	345
c)	Arten öffentlich-rechtlicher Verwaltungsträger	346
2.	Juristische Personen des kantonalen Privatrechts	347
3.	Kirchliche Körperschaften und Anstalten	348
IV.	Übersicht	349
V.	Anfang und Ende der juristischen Personen	350
1.	Erwerb der Rechtsfähigkeit	350
a)	Grundsatz: Erwerb durch Handelsregistereintrag	350
b)	Ausnahmen	350
2.	Rechtsslage bis zum Entstehen der juristischen Person	351
3.	Ende der juristischen Person	352
a)	Auflösungsgründe	352
b)	Liquidation	352
c)	Vermögensverwendung und Untergang der juristischen Person	353
VI.	Rechtsfähigkeit der juristischen Personen	353
1.	Allgemeines	353
2.	Einzelne Rechtsfähigkeitsbereiche	354
a)	Vermögensrechte	354
b)	Möglichkeit, ein Gewerbe zu betreiben oder Mitglied in einer Vereinigung zu sein	354
c)	Persönlichkeitsschutz	354
d)	Weitere Bereiche der Rechtsfähigkeit	356
VII.	Handlungsfähigkeit der juristischen Personen	356
1.	Allgemeines	356
2.	Voraussetzung der Handlungsfähigkeit	357
3.	Organe der juristischen Person	357
a)	Doppelbedeutung des Begriffs «Organ»	357
b)	Formelle und faktische Organe	358
c)	Die verschiedenen Organe und ihre Funktion	360
d)	Mitgliederversammlung	360
e)	Verwaltung/Vorstand der Körperschaft bzw. Stiftungsrat des Zweckvermögens	361
f)	Kontroll- oder Revisionsstelle	361
g)	Weitere Organe	361
4.	Geschäftsfähigkeit	362
a)	Allgemeines	362
b)	Vertretungsmacht des Organs	362
c)	Vertretungsbefugnis des Organs	364

d) «Wissensvertretung».....	365
5. Deliktsfähigkeit.....	366
a) Grundsatz.....	366
b) Voraussetzungen und Grenzen der Haftung.....	366
c) Begriff des Organs nach Art. 55 Abs. 2 ZGB	366
d) Ausübung geschäftlicher Verrichtungen.....	367
e) Mithaftung der delinquierenden Organe	367
6. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	368
VIII. «Durchgriff»	369
1. Missbräuchliche Verwendung der juristischen Person.....	369
2. «Umgekehrter Durchgriff».....	370
3. Insbesondere zum Haftungsdurchgriff	370
4. Beispiele.....	371
IX. Sitz der juristischen Person (Art. 56 ZGB)	372
1. Begriff.....	372
2. Bestimmung des Sitzes	373
3. Rechtliche Bedeutung des Sitzes.....	373
§ 18 Der Verein.....	374
I. Begriff und Bedeutung des Vereins	375
1. Begriff und gesetzliche Regelung	375
2. Bedeutung	375
II. Vereinszweck	376
1. Gesetzliche Regelung.....	376
2. Praxis des Bundesgerichts.....	376
a) Ältere Rechtsprechung.....	376
b) Aktuelle Rechtsprechung	377
3. Zusammenfassung	378
III. Gründung des Vereins	378
1. Gründungsakt.....	378
2. Mitglieder.....	379
3. Handelsregistereintrag.....	379
4. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit	380
5. Statuten (Satzung)	380
IV. Vereinsorganisation	381
1. Übersicht.....	381
2. Vereinsversammlung	381
3. Delegiertenversammlung	382
4. Vorstand.....	383
5. Revisionsstelle	384
6. Mängel in der Organisation.....	384
V. Vereinsmitgliedschaft.....	385
1. Begriff der Mitgliedschaft.....	385
2. Erwerb der Mitgliedschaft.....	385
3. Beendigung der Mitgliedschaft	386
a) Austritt.....	386
b) Ausschluss	386
4. Pflichten der Mitglieder	388
a) Persönliche Pflichten	388

b) Vermögensrechtliche Pflichten	388
5. Rechte der Mitglieder	389
a) Mitwirkungsrechte	389
b) Weitere Rechte	390
c) Schutzrechte	390
6. Schutz des Vereinszwecks	391
7. Schutz vor unzulässigen Vereinsbeschlüssen	392
a) Allgemeines	392
b) Insbesondere zur Beschränkung von Mitgliedschaftsrechten	393
c) Insbesondere zum Schutz vor ungerechtfertigtem Ausschluss	394
d) Anfechtbarkeit von Beschlüssen unterer Organe und Schiedsgerichtsbarkeit	394
e) Verwirkungsfrist	395
VI. Vereine und Verbände mit Sektionen	396
1. Allgemeines	396
2. Sektionen mit Rechtspersönlichkeit	396
a) Sektion als Mitglied des Zentral- oder Dachverbandes	396
b) Einzelperson als Mitglied der Sektion und des Zentralverbandes	397
VII. Auflösung des Vereins	398
1. Auflösungsarten	398
2. Liquidation und Vermögensverteilung	399
3. Liquidationslose Auflösung	399
§ 19 Die Stiftung	400
I. Begriff, Bedeutung und Arten von Stiftungen	401
1. Begriff der Stiftung	401
2. Bedeutung des Stiftungsrechts	402
a) Grundsatz der Stiftungsfreiheit	402
b) Entwicklung der Stiftung	403
c) Neuere Tendenzen	403
II. Gesetzliche Grundlagen	404
III. Errichtung der Stiftung	405
1. Widmungsakt	405
a) Allgemeines	405
b) Form des Widmungsaktes	405
c) Inhalt des Widmungsaktes	406
d) Auslegung	406
2. Insbesondere zur Zweckbestimmung	407
3. Insbesondere zum gewidmeten Vermögen	408
4. Eintragung ins Handelsregister	409
5. Anfechtung der Stiftungserrichtung	409
IV. Organisation der Stiftung	410
1. Grundlagen	410
2. Oberstes Stiftungsorgan (Stiftungsrat)	411
3. Revisionsstelle	412
4. Weitere Organe	412
V. Beaufsichtigung der Stiftung	413
1. Zweck	413
2. Inhalt	413

3. Zuständigkeit.....	414
4. Aufsichtsmittel.....	415
VI. Umwandlung der Stiftung	416
1. Problemstellung.....	416
2. Änderung der Organisation.....	417
3. Änderung des Zwecks.....	417
a) Im Allgemeinen.....	417
b) Auf Antrag des Stifters.....	418
4. Zuständigkeit und Verfahren.....	419
VII. Aufhebung der Stiftung	420
1. Aufhebungsgründe.....	420
2. Fusion von Stiftungen.....	422
3. Liquidation und Verwendung des Stiftungsvermögens.....	422
VIII. Familienstiftung.....	423
1. Begriff.....	423
a) Positive Voraussetzungen.....	423
b) Negative Voraussetzungen.....	423
aa) Verbot der Unterhaltsstiftungen.....	424
bb) Verbot der Familienfideikommisse.....	425
2. Möglichkeit der Konversion einer nichtigen Stiftung.....	425
3. Gesetzliche Besonderheiten der Familienstiftung.....	426
IX. Kirchliche Stiftung	427
1. Begriff.....	427
2. Gesetzliche Besonderheiten der kirchlichen Stiftungen.....	427
X. Personalfürsorgestiftung.....	428
1. Entwicklung.....	428
a) Bedarf nach Personalvorsorge zufolge der Industrialisierung.....	428
b) Drei-Säulen-Prinzip.....	429
c) Zusammenhang zwischen der Berufsvorsorge und dem Stiftungsrecht.....	429
2. Begriff der Personalfürsorgestiftung.....	430
3. Gesetzliche Besonderheiten der Personalfürsorgestiftung.....	431
a) Allgemeines.....	431
b) Auskunftsrecht.....	431
c) Mitwirkung an der Verwaltung.....	431
d) Vermögensverwaltung.....	432
e) Klagerecht der Destinatäre.....	432
XI. Sammelvermögen	432
1. Begriff und Funktion.....	432
2. Fehlende Verwaltung und Zuständigkeit.....	433
XII. Unternehmensstiftung.....	434
1. Begriff.....	434
2. Erscheinungsarten bzw. Zweck.....	434
3. Besonderheiten und Zulässigkeit der Unternehmensstiftung.....	434
4. Motive.....	436
5. Praktische Bedeutung.....	437
XIII. Exkurs: Trust	438
1. Vorbemerkung.....	439
2. Begriff und Funktion.....	439

a) Begriff.....	439
b) Funktion.....	439
3. Vergleich mit der schweizerischen Stiftung.....	440
4. Anerkennung von Trusts in der Schweiz.....	440
a) Ausgangslage.....	440
b) Annerkennung gemäss Haager Trust-Übereinkommen	441
c) Umfang der Anerkennung.....	441
5. Würdigung	442
a) Vereinfachungen.....	442
b) Bedenken	442
aa) Allgemeines	442
bb) Umgehung formaler Vorschriften	443
cc) Umgehung des Verbots der Familienunterhaltsstiftung und des Familienfideikommisses	444
c) Vorläufiges Fazit	444
§ 20 Sachregister	447

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht/Auffassung
a.a.O.	am angeführten Ort
aArt.	Artikel in alter Fassung
a.M.	anderer Meinung
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis, Tübingen
AG	Aktiengesellschaft
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	BG über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (SR 831.10)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis, Zürich/St. Gallen
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bern
ArbR	Mitteilungen des Instituts für Schweizerisches Arbeitsrecht, Zürich
Art.	Artikel
ASA	Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, Bern
AT	Allgemeiner Teil
ATSG	BG über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (SR 830.1)
Aufl.	Auflage
AwR	Anwaltsrevue, Basel
BankG	BG über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (SR 952.0)
BB	Bundesbeschluss
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern
Bd.	Band
BE	Bern
BetmG	BG über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951 (SR 812.121)
betr.	betreffend
BewG	BG über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (SR 211.412.41)

Abkürzungsverzeichnis

BezGer	Bezirksgericht
BG	Bundesgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich vom 18. August 1896
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes, amtliche Sammlung
BGer	Schweizerisches Bundesgericht, nicht amtlich publizierte Entscheide (www.bger.ch)
BGG	BG über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, SR 173.110)
BGH	Deutscher Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des deutschen Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, Köln
BJM	Basler Juristische Mitteilungen, Basel
BK	Berner Kommentar
BL	Basel-Landschaft
BSG	Bernische Systematische Gesetzessammlung
BSK	Basler Kommentar
Bst.	Buchstabe
BTJP	Berner Tage für die juristische Praxis
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (SR 101) bzw. neue Verfassung gemäss Bundesbeschluss vom 18. Dezember 1998 (BBl 1999 162)
BVerfGE	Entscheidungen des deutschen Bundesverfassungsgerichts, Tübingen
BVers	Bundesversammlung
BVG	BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (SR 831.40)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht, nicht amtlich publizierte Entscheide (www.bvger.ch)
BVR	Bernische Verwaltungsrechtsprechung – Entscheide und Abhandlungen zum bernischen Verwaltungsrecht, Bern
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CAS	Court of Arbitration for Sport
CaS	Causa Sport, Die Sport-Zeitschrift für nationales und internationales Recht sowie für Wirtschaft, Zürich
CC	Code civil

XXXII

CHF	Schweizer Franken
CHK	Handkommentar zum Schweizer Privatrecht
CR	Commentaire Romand
d.h.	das heisst
Ders.	Derselbe
dgl.	dergleichen
Dies.	Dieselbe
Digma	Zeitschrift für Datenrecht und Informationssicherheit, Zürich
Diss.	Dissertation
DNA	deoxyribonucleic acid
DSG	BG über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (SR 235.1)
E	Entwurf
E.	Erwägung
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDÖB	Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHG	BG über die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen und der Schweizerischen Post vom 28. März 1905 (Eisenbahnhaftpflichtgesetz, SR 221.112.742)
ELG	BG über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 6. Oktober 2006 (SR 831.30)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101), ratifiziert am 28. November 1974
et al.	et alii (= und weitere)
etc.	et cetera
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift, Strassburg/Kehl am Rhein
evtl.	eventuell
f.	folgende/r
FamKomm	Kommentar zum Familienrecht, Bern
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts, Bern
FC	Fussballclub
ff.	fortfolgende

Abkürzungsverzeichnis

FFE	Fürsorgerischer Freiheitsentzug
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
FMedG	BG über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung vom 18. Dezember 1998 (Fortpflanzungsmedizingesetz, SR 810.11)
frz.	französisch
FS	Festschrift
FusG	BG über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung vom 3. Oktober 2003 (Fusionsgesetz, SR 221.301)
FZG	BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993 (Freizügigkeitsgesetz, SR 831.42)
GestG	BG über den Gerichtsstand in Zivilsachen vom 24. März 2000 (Gerichtsstandsgesetz, SR 272)
GIG	BG über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 24. März 1995 (Gleichstellungsgesetz, SR 151.1)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GUMG	BG über genetische Untersuchungen beim Menschen vom 8. Oktober 2004 (SR 810.12)
GwG	BG über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung vom 10. Oktober 1997 (Geldwäschereigesetz, SR 955.0)
h.L.	herrschende Lehre
Habil.	Habilitationsschrift
HAVE	Haftung und Versicherung, Zürich
HIV	human immunodeficiency virus
Hrsg.	Herausgeber
HTÜ	Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung vom 1. Juli 1985 (SR 0.221.371), ratifiziert am 26. April 2007
i.e.S.	im engeren Sinn
i.K.	in Kraft
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinn
inkl.	inklusive

insbes.	insbesondere
IPRG	BG über das internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR 291)
IV	Invalidenversicherung
IVF	In-vitro-Fertilisation
Jusletter	Jusletter, Online-Zeitschrift (www.jusletter.ch)
JZ	JuristenZeitung, Tübingen
KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
KG	BG über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen vom 6. Oktober 1995 (Kartellgesetz, SR 251)
KGer	Kantonsgericht
KHG	Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 (SR 732.44)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
Kt.	Kanton
KV	Kantonsverfassung
KVG	BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (SR 832.10)
KVV	Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995 (SR 832.102)
lit.	litera
m.a.W.	mit anderen Worten
m.H.	mit Hinweisen
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.Verw.	mit weiteren Verweisen
Medialex	Medialex, Zeitschrift für Medienrecht, Bern
MSchG	BG über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben vom 28. August 1992 (Markenschutzgesetz, SR 232.11)
N	Note(n), Randnote(n)
nArt.	Art. in neuer Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift, Frankfurt am Main
Not@lex	Revue de droit privé et fiscal du patrimoine, Zürich
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer(n), Randnummer(n)
o.Ä.	oder Ähnliche(s/m)

Abkürzungsverzeichnis

o.ä.	oder ähnliche(n/r)
OG	BG über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 (Bundesrechtspflegegesetz, SR 173.110)
OGer	Obergericht
OHG	BG über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007 (Opferhilfegesetz, SR 312.5)
OR	BG betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
PartG	BG über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004 (Partnerschaftsgesetz, SR 211.231)
PID	Präimplantationsdiagnostik
Plädoyer	Magazin für Recht und Politik, Zürich
Pra	Die Praxis, Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, Basel
publ.	publiziert
recht	recht, Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis, Bern
REGA	Schweizerische Rettungsflugwacht
REPRAX	Zeitschrift zur Rechtsetzung und Praxis im Gesellschafts- und Handelsregisterrecht, Zürich
RLG	BG über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe vom 4. Oktober 1963 (Rohrleitungsgesetz, SR 746.1)
RJN	Recueil de jurisprudence neuchâteloise, Neuchâtel
Rz(n)	Randziffer(n)
S.	Seite(n)
s.	siehe
SAG	Schweizerische Aktiengesellschaft, Zürich (seit 1990: SZW)
SAMW	Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SchKG	BG über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1989 (SR 281.1)
SchlT	Schlusstitel
SemJud	La Semaine Judiciaire, Genf
SFL	Scottish Football League
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht, Zürich

XXXVI

Sicherheit & Recht	Zeitschrift für Sicherheitsfragen in den Bereichen Polizei, Militär, Umwelt und Technik, Zürich
sig.	signiert
SJ	La Semaine Judiciaire, Genf
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung, Zürich
sog.	so genannt(e/s/n)
SP Schweiz	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SPR	Schweizerisches Privatrecht
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
ST	Der Schweizer Treuhänder, Zürich
St.	Sankt
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, SR 312.0)
StV	Schweizerischer Studentenverein
successio	Zeitschrift für Erbrecht, Zürich
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
SVG	BG über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958 (Strassenverkehrsgesetz, SR 741.01)
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, Bern
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht, Zürich (bis 1989: SAG)
TAS	Tribunal Arbitral du Sport
u.a.	unter anderem
u.Ä.	und Ähnliches
u.U.	unter Umständen
URG	BG über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. Oktober 1992 (Urheberrechtsgesetz, SR 231.1)
usw.	und so weiter
UVG	BG über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (SR 832.20)

Abkürzungsverzeichnis

UVV	Verordnung über die Unfallversicherung vom 20. Dezember 1982 (SR 832.202)
UWG	BG gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241)
v.a.	vor allem
VBVV	Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft vom 4. Juli 2012 (SR 211.223.11)
VE	Vorentwurf
VEB	Verwaltungsentscheide der Bundesbehörden, Bern (bis 1964/65; seither VPB)
VerwGer	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden, Bern (seit 1964/65; zuvor VEB)
VSS	Verband der Schweizer Studierendenschaften
VStrR	BG über das Verwaltungsstrafrecht vom 22. März 1974 (SR 313.0)
VVG	BG über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (SR 221.229.1)
WM	Weltmeisterschaft
z.B.	zum Beispiel
z.H.	zu Handen
z.T.	zum Teil
ZBGR	Schweizerische Zeitschrift für Beurkundungs- und Grundbuchrecht, Wädenswil
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins, Bern
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht, Zürich (seit 1988; zuvor ZSGV)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert als
ZKE	Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz, Zürich (seit 2010; zuvor ZVW)
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung, SR 272)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung, Zürich

XXXVIII

ZSGV	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung, Zürich (bis 1988; seither ZBl)
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Basel
ZStV	Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (SR 211.112.2)
ZUG	BG über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977 (Zuständigkeitsgesetz, SR 851.1)
ZVW	Zeitschrift für Vormundschaftswesen, Zürich (bis 2009; seither ZKE)
ZZW	Zeitschrift für Zivilstandswesen, Bern

Allgemeine Literatur

Zitierhinweis: Die nachstehenden Werke werden, soweit nicht anders vermerkt, mit dem Nachnamen des Autors bzw. der Autoren sowie mit Seitenzahl, Randziffer oder Note (bei Kommentaren) zitiert.

- AMSTUTZ MARC/
BREITSCHMID PETER/
FURRER ANDREAS/
GIRSBERGER DANIEL/
HUGUENIN CLAIRE/
MÜLLER-CHEN MARKUS/
ROBERTO VITO/
RUMO-JUNGO ALEXANDRA/
SCHNYDER ANTON K./
TRÜEB HANS-RUDOLF (HRSG.)
- Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, 3. Aufl.,
Zürich 2016, zit. CHK-AUTORIN
- AEBI-MÜLLER REGINA E./
CARONI PIO/
EMMENEGGER SUSAN/
HAUSHEER HEINZ/
HOFER SIBYLLE/
HRUBESCH-MILLAUER STEPHANIE/
KOLLER THOMAS/
SCHMID-TSCHIRREN CHRISTINA/
SCHÖBI FELIX/
TSCHENTSCHER AXEL/
WALTER HANS PETER/
WOLF STEPHAN
- Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen
Privatrecht, Bd. I: Einleitung und Personenrecht,
1. Abt.: Einleitung, Art. 1–9 ZGB, Bern 2012, zit.
BK-AUTORIN
- BRÜCKNER CHRISTIAN
- Das Personenrecht des ZGB, Zürich 2000
- BUCHER ANDREAS
- Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz,
4. Aufl., Basel 2009 (deutsche Fassung des Werks
Personnes physiques et protection de la personnalité)
- BUCHER EUGEN
- Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen
Privatrecht, Bd. I: Einleitung und Personenrecht, 2. Abt.:
Die natürlichen Personen, 2. Teilbd.: Kommentar zu
Art. 27 ZGB, Bern 1993
- DERS.
- Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen
Privatrecht, Bd. I: Einleitung und Personenrecht, 2. Abt.:
Die natürlichen Personen, 1. Teilbd.: Kommentar zu
den Art. 11–26 ZGB, Bern 1976

Allgemeine Literatur

- BUCHER EUGEN/
AEBI-MÜLLER REGINA E. Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Zivilgesetzbuch, Die natürlichen Personen, Art. 11–19d ZGB, Rechts- und Handlungsfähigkeit, 2. Aufl., Bern 2017
- DRUEY JEAN NICOLAS/
DRUEY JUST EVA/
GLANZMANN LUKAS Gesellschafts- und Handelsrecht, 11. Aufl., Zürich 2015
- EGGER AUGUST Zürcher Kommentar, Bd. I: Einleitung – Das Personenrecht, 2. Aufl., Zürich 1930 (unveränderter Nachdruck: Zürich 1978)
- GEISER THOMAS/
FOUNTOULAKIS CHRISTIANA (HRSG.) Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, Art. 1–456 ZGB, 8. Aufl., Basel 2018, zit. BSK-AUTORIN
- GROSSEN JACQUES-MICHEL Das Recht der Einzelpersonen, in: Schweizerisches Privatrecht, Bd. II, Basel 1967, S. 285 ff.
- GUILLOD OLIVIER Droit des personnes, Les abrégés, 5. Aufl., Basel 2018
- GUTZWILLER MAX Die Stiftungen, in: Schweizerisches Privatrecht, Bd. II, Basel 1967, S. 515 ff.
- HAUSHEER HEINZ Berner Kommentar, Update zu Art. 52–89^{bis} ZGB, Bern 2006
- DERS. Berner Kommentar, Update zu Art. 11–26 und 27 ZGB, Bern 2005
- HAUSHEER HEINZ/
JAUN MANUEL Die Einleitungsartikel des ZGB, Stämpfli Handkommentar, Bern 2003
- HEINI ANTON/
PORTMANN WOLFGANG Das schweizerische Vereinsrecht, Schweizerisches Privatrecht, Bd. II, 5. Teilbd., 3. Aufl., Basel/Genf/München 2005
- HOFER SIBYLLE Grundkurs Personenrecht, Basel 2019
- HOFER SIBYLLE/
HRUBESCH-MILLAUER STEPHANIE/
ROBERTO VITO Einleitungsartikel und Personenrecht, 2. Aufl., Stämpfli Skripten, Bern 2012
- HRUBESCH-MILLAUER STEPHANIE/
BOSSHARDT MARTINA Personenrecht – in a nutshell, Zürich 2013
- HÜRLIMANN-KAUP BETTINA/
SCHMID JÖRG Einleitungsartikel des ZGB und Personenrecht, 3. Aufl., Zürich 2016

-
- MEIER-HAYOZ ARTHUR/
FORSTMOSER PETER/
SETHE ROLF Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 12. Aufl., Bern
2018
- MEIER PHILIPPE/
DE LUZE ESTELLE Droits des personnes, Articles 11–89a CC,
Genève 2014
- PEDRAZZINI MARIO/
OBERHOLZER NIKLAUS Grundriss des Personenrechts, 4. Aufl., Bern 1993
- PERRIN JEAN-FRANÇOIS/
CHAPPUIS CHRISTINE Droit de l'association, 3. Aufl., Genf 2008
- PICHONNAZ PASCAL/
FOËX BÉNÉDICT (HRSG.) Commentaire Romand, Code civil I, Art. 1–359 CC,
Basel 2010, zit. CR-AUTORIN
- RIEMER HANS MICHAEL Vereins- und Stiftungsrecht (Art. 60–89^{bis} ZGB), mit
den allgemeinen Bestimmungen zu den juristischen
Personen (Art. 52–59 ZGB), Bern 2012
- DERS. Personenrecht des ZGB, Studienbuch und Bundesge-
richtspraxis, 2. Aufl., Bern 2002
- DERS. Berner Kommentar, Die juristischen Personen, Allge-
meine Bestimmungen, Systematischer Teil und Kom-
mentar zu Art. 52–59 ZGB, Bern 1993
- DERS. Berner Kommentar, Die juristischen Personen, Die
Vereine, Systematischer Teil und Art. 60–79 ZGB,
Bern 1990
- DERS. Berner Kommentar, Die juristischen Personen, Die
Stiftungen, Systematischer Teil und Art. 80–89^{bis}
ZGB, Bern 1981
- STEINAUER PAUL-HENRI Le titre préliminaire du Code civil, in : Traité de droit
privé suisse, Bd. II, Basel 2009
- STEINAUER PAUL-HENRI/
FOUNTOLAKIS CHRISTIANA Droit des personnes physiques et de la protection de
l'adulte, Bern 2014
- TUOR PETER/
SCHNYDER BERNHARD/
SCHMID JÖRG/
JUNGO ALEXANDRA Das Schweizerische Zivilgesetzbuch, 14. Aufl.,
Zürich 2015

Weitere ausgewählte Literaturhinweise finden sich jeweils zu Beginn der einzelnen Paragraphen.

§ 1 Einleitung

Literatur

CARONI PIO, Privatrecht: Eine sozialhistorische Einführung, 2. Aufl., Basel 1999. S. im Übrigen die allgemeinen Literaturhinweise.

I. Gegenstand des Personenrechts

Personen sind die *Subjekte der (Privat-)Rechtsordnung*. Dem *Personenrecht* kommt somit insofern grundlegende Bedeutung zu, als es deren ‚Akteure‘, nämlich die *Träger von Rechten und Pflichten*, bezeichnet. Dies geschieht vorab für das Privatrecht, darüber hinaus aber auch für die weitere Rechtsordnung. 1

Das Personenrecht klärt, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang Rechte und Pflichten durch die einzelnen Rechtsträger erworben werden können bzw. eine Zurechnung erfolgen kann. Weiter äussert es sich zum Beginn sowie zum Ende des menschlichen Individuums als natürliche Person. Darüber hinaus werden aber auch weitere, in behördlich geführten Registern festgehaltene Eigenschaften des einzelnen Rechtssubjekts umschrieben. Das betrifft einmal die Identifizierung der Person mithilfe des Namens, sodann deren Verankerung in der näheren und weiteren Familie (Verwandtschaft und Schwägerschaft) sowie deren lokale Verortung (örtliche Anknüpfung mithilfe des Wohnsitzes und der Heimat). Das Personenrecht des ZGB regelt somit die *konstituierenden Eigenschaften des Einzelnen* als selbstständiges Individuum mit der Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben. Es äussert sich aber auch dazu, inwiefern Personenverbindungen und verselbstständigte Zweckvermögen als *juristische Personen* zu eigenständigen Trägern von Rechten und Pflichten werden können. Von besonderer Bedeutung ist schliesslich der *Schutz der Persönlichkeit* in ihren wesentlichen Lebensbezügen zu Dritten. 2

Während sich das Personenrecht mit der *Umschreibung der Rechtssubjekte und mit deren rechtlichem Status* befasst, greifen die übrigen Teile des ZGB dort ein, wo die Person in irgendeiner Form in eine lebensgestaltende bzw. rechtlich zu verantwortende Beziehung zur Gemeinschaft tritt, sei es innerhalb der Familiengemeinschaft oder durch die Beanspruchung von Sachen, sei es beim Eingehen einer vertraglichen Bindung oder zufolge einer unerlaubten Schädigung eines Dritten. So befasst sich – grob vereinfacht ausgedrückt – das Sachenrecht mit der Beziehung des Rechtssubjekts zu beweglichen und unbe- 3

weglichen Sachen, das Familien-, Erb- und Obligationenrecht mit dessen Beziehung zu anderen Rechtssubjekten und das öffentliche Recht mit der Beziehung zwischen dem Rechtssubjekt und den verschiedenen Gemeinwesen.

II. Gesetzssystematik

1. *Personenrecht als Teil des Zivilgesetzbuches*

4 Das ZGB *im engeren Sinn* umfasst die vier folgenden, vom Gesetz «Teile» genannten Rechtsbereiche:

- Personenrecht (Art. 11–Art. 89c)
- Familienrecht (Art. 90–456)
- Erbrecht (Art. 457–640)
- Sachenrecht (Art. 641–977)

5 Beim Personenrecht als erstem Teil des ZGB handelt es sich um die ersten beiden von 25 *Titeln*, die ihrerseits wieder in *Abschnitte* zusammengefasst sind. Das Personenrecht beschränkt sich auf zwei Titel, welche einerseits der natürlichen und andererseits der juristischen Person gewidmet sind.

6 Neben den genannten vier Teilen enthält das ZGB *zwei weitere Regelungsbe-*
reiche:

- Noch *vor* dem ersten Teil des Personenrechts finden sich die *Einleitungs-*
artikel (bis zum 1.1.2011 Art. 1–10 ZGB und seitdem Art. 1–9 ZGB). Sie haben keinen einheitlichen Regelungsgegenstand und gelten als unerlässlicher Kern allgemeiner Grundsätze zur Kodifikation des schweizerischen Privatrechts. Sie sind über das ZGB hinaus auch für das Obligationenrecht sowie für das weitere Bundesprivatrecht von Bedeutung, teilweise – i.S. allgemeiner Rechtsgrundsätze – gar für die gesamte Rechtsordnung.¹
- Sodann ist *nach* dem vierten Teil des ZGB der *Schlusstitel* zu den ersten vier Teilen (genannt Schlusstitel zum Zivilgesetzbuch, SchlT ZGB) angefügt. Dieser umfasst insgesamt 61 Artikel (mit zahlreichen Einschubartikeln), die selbstständig nummeriert sind. Der Schlusstitel enthält in einem ersten Abschnitt allgemeine Bestimmungen und besondere, die vier Teile des ZGB im engeren Sinn betreffende Bestimmungen zur Anwendung des bisherigen und revidierten Privatrechts. Hinzu kommen in einem zweiten Abschnitt besondere Einführungs- und Übergangsbestimmungen.

¹ Näheres dazu u. a. bei HAUSHEER/JAUN, Stämpflis Handkommentar, Vorbem. zu Art. 1–10 ZGB.

Im *weiteren Sinn* umfasst das Zivilgesetzbuch als fünften Teil auch das Obligationenrecht (OR). Die erforderliche Verbindung zwischen diesem seit 1881 bestehenden Teil des Privatrechts und den mit dem ZGB erst 1907 dazugekommenen vier ersten Teilen stellt Art. 7 ZGB her. Das *ZGB im weiteren Sinn* umfasst damit in sachlicher Hinsicht weiteste Teile des Bundesprivatrechts. Zivilrechtliche Normen finden sich daneben in zahlreichen weiteren Erlassen, z.B. im Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (VVG), dem Bundesdatenschutzgesetz (DSG) und in haftpflichtrechtlichen Spezialgesetzen (EHG, KHG, RLG) sowie – teils als Haftpflichtnormen – eingestreut u.a. im Strassenverkehrsgesetz (SVG), im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG), im Kartellgesetz (KG) sowie im Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG).

2. *Personenrecht als Teil des ‚Allgemeinen Teils‘ des ZGB*

Das Zivilgesetzbuch kennt, im Unterschied etwa zum deutschen BGB, *keinen* «Allgemeinen Teil» zur Umschreibung der rechtlichen Grundbegriffe (wie Personen, Sachen, Rechtsgeschäfte, Fristen, Verjährung). Dies ist u.a. auf seine besondere Entstehungsgeschichte zurückzuführen, wonach das schon seit 1881 geltende Obligationenrecht ohne grössere Veränderungen dem ZGB i.e.S. bloss angefügt worden ist. Deshalb kommt dem Personenrecht, zusammen mit den Einleitungsartikeln und dem Allgemeinen Teil des OR, weitgehend die Funktion eines allgemeinen Teils zu. Diese gesetzgeberische Vorgehensweise bedarf zwar bei der konkreten Rechtsanwendung eines entstehungsgeschichtlichen Bewusstseins, ist aber nicht unbedingt von Nachteil. Eine gewisse Zerstückelung ist allerdings nicht von der Hand zu weisen. So kommt beispielsweise dem Vertrag im Familien- und Erbrecht nicht die gleiche Bedeutung zu wie im allgemeinen Geschäftsverkehr, was sich u.a. auf die Auslegung solcher Verträge auswirken kann. Entsprechend kommt es regelmässig nur zu einer sinngemässen Rechtsanwendung der allgemeinen Regeln in den je andern Rechtsbereichen.²

3. *Natürliche und juristische Personen*

Privatrechtssubjekte können sowohl natürliche Personen, d.h. *Menschen*, als auch juristische Personen sein, d.h. *verselbstständigte Personenvereinigungen und Sachgesamtheiten*, die als eigenständige Träger von Rechten und Pflichten anerkannt sind. Der erste Titel des Gesetzes (Art. 11–49 ZGB) befasst

² BK-SCHMID-TSCHIRREN, N 57 ff. zu Art. 7 ZGB.

sich vorab mit den natürlichen, der zweite (Art. 52–89c ZGB) mit den juristischen Personen. Das bedeutet jedoch nicht, dass gewisse Bestimmungen des ersten Titels nicht auch für juristische Personen zur Anwendung kämen.³

- 10 Die Bestimmungen des ZGB betr. die juristischen Personen sind in «*Allgemeine Bestimmungen*» (Art. 52–59 ZGB; dazu § 17) sowie in die *Grundtypen* der Verbandspersönlichkeit bzw. der Korporation (Verein, Art. 60–79 ZGB; § 18) und des verselbstständigten Zweckvermögens bzw. der Anstalt (Stiftung, Art. 80–89c ZGB; § 19) *gegliedert*. Dabei reicht der Anwendungsbereich der allgemeinen Bestimmungen über die Vereine und Stiftungen hinaus.⁴

³ Näheres dazu §§ 17–19.

⁴ Beispiele dafür sind die Entscheide BGE 112 II 1 und 115 II 401 zur Auflösung einer juristischen Person (konkret: von Aktiengesellschaften) mit widerrechtlichem Zweck gestützt auf Art. 57 Abs. 3 ZGB. Diese Beispiele zeigen auch die Problematik der juristischen Person als rechtliche Kunstschöpfung im Unterschied zur natürlichen, d.h. dem Recht grundsätzlich vorgegebenen, menschlichen Person.

Die natürlichen Personen

§ 2 Rechtsfähigkeit

Literatur

AEBI-MÜLLER REGINA E., Die «Persönlichkeit» im Sinne von Art. 28 ZGB, in: FS Hausheer, Bern 2002, S. 99–116 – BÜCHLER ANDREA/CHRISTENSEN BIRGIT, „Siamesische Zwillinge“: Wir, einer von uns, ich? Anmerkungen zum Konzept der Person und dessen physischer Verfasstheit, Jusletter 28. Januar 2013 – BÜCHLER ANDREA/CLAUSEN SANDRO, Pränataler Kinderschutz: (K)eine Lösung bei vorgeburtlichen Gefährdungslagen?, FamPra.ch 2018, S. 652–676 – DESCHENAUX HENRI, La protection juridique du handicapé mental en droit privé, in: La condition juridique des handicapés mentaux, Mémoires publiés par la Faculté de droit de Genève, Nr. 37, 1973, S. 67–96 – DE PORET OMBLINE, Le statut de l’animal en droit civil, Diss. Freiburg 2006 – KIENER REGINA, Das Recht auf Anerkennung als Rechtsperson, ZSR 2015, Halbbd. 1, S. 429–448 – WICHTERMANN JÜRIG, Le bébé de Madame Vo oder wie künstlich sind natürliche Personen?, recht 2004, S. 235–245.

I. Begriff

Bei der Rechtsfähigkeit handelt es sich um die *Zurechenbarkeit von Rechten und Pflichten*. Die rechtsfähige Person wird damit zum Subjekt der Privatrechtsordnung. Diese Umschreibung der Rechtsfähigkeit verdeutlicht, dass auch der Handlungsunfähige (Neugeborene, geistig Behinderte, Bewusstlose) rechtsfähig ist. Man könnte auch formulieren, dass Rechtsfähigkeit die *Möglichkeit* einer Person umschreibt, *Träger von Rechten und Pflichten zu sein* und diese (allenfalls mittels eines Vertreters) zu erwerben, zu behalten und darüber zu verfügen. 11

Gelegentlich wird unterschieden zwischen *aktiver Rechtsfähigkeit* (der Möglichkeit, Träger von *Rechten* zu sein) und *passiver Rechtsfähigkeit* (der Möglichkeit, Träger von *Pflichten* zu sein). 12

Die Rechtsfähigkeit ist zu unterscheiden von der Handlungsfähigkeit, einschliesslich der Verfügungsfähigkeit, sowie von den im Prozess relevanten Begriffen der Partei- und Prozessfähigkeit. Zu diesen Begriffen s. Rzn 208 ff. 13

II. Bedeutung von Art. 11 ZGB

1. Allgemeines

14 Gemäss Art. 11 Abs. 1 ZGB ist *jedermann rechtsfähig*. Die Rechtsfähigkeit kommt dem Menschen um seines Menschseins willen, d.h. ohne weitere Voraussetzungen, zu.⁵ Rechtsfähig ist daher auch die handlungsunfähige Person.⁶

15 Die Rechtsfähigkeit bildet lediglich die Voraussetzung dafür, dass eine Person Rechtsträger sein kann. Sie impliziert noch nicht unmittelbar das Vorhandensein von Rechten und Pflichten. Es geht m.a.W. nur, aber immerhin darum, «wer eigentlich dazugehört»⁷. Daher ist die Rechtsfähigkeit *weniger ein Recht* als eine *Fähigkeit*. Die Rechtsfähigkeit wird deshalb auch als ein besonderes *Statusrecht* oder *Personenstandsrecht* umschrieben.

16 Während der *Mensch* als Rechtsträger und als Subjekt eigenen Handelns der Rechtsordnung mindestens dem Grundsatz nach vorgegeben ist, erhalten *Personenvereinigungen* oder *Sachgesamtheiten* nur dann diese Stellung, wenn ihnen die Rechtsordnung das Recht der Persönlichkeit ausdrücklich einräumt. Nur aufgrund dieser Anerkennung werden sie als juristische Personen befähigt, als selbstständige Träger von Rechten und Pflichten am Rechtsverkehr teilzunehmen (s. § 17).

2. Umfang der Rechtsfähigkeit

a) Grundsatz: Gleiche Rechtsfähigkeit

17 Art. 11 Abs. 2 ZGB garantiert die Gleichheit der Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben. Allen Menschen soll grundsätzlich eine umfassende Rechtsfähigkeit zukommen. Die Bestimmung hat in dem Sinne programmatischen Charakter, als sie zum Ausdruck bringt, dass der Gesetzgeber allen Bürgern die *gleiche privatrechtliche Ausgangslage* gewährleisten und nicht ohne

⁵ BK-BUCHER/AEBI-MÜLLER, N 1 zu Art. 11 ZGB. Aufgrund der medizinischen Fortschritte in den letzten Jahren und Jahrzehnten ist allerdings die menschliche Existenz sowohl mit Bezug auf ihren Beginn als auch mit Rücksicht auf ihr Ende keineswegs mehr rein ‚natürlich‘. Dies hat wiederum zu einer zunehmenden Unsicherheit darüber geführt, ab welchem und bis zu welchem Zeitpunkt von einem an sich ‚naturegebenen‘ Menschen gesprochen werden kann. Anschaulich u.a. WICHTERMANN, S. 235 ff., insbes. S. 244.

⁶ BK-BUCHER/AEBI-MÜLLER, N 35 zu Art. 11 ZGB.

⁷ DUVE, Historisch-kritischer Kommentar zum BGB, N 3 vor § 114 BGB.

Grund vom Gleichheitsgrundsatz abweichen will. Dennoch besteht *keine absolute Gleichheit*, sondern nur eine solche «in den Schranken der Rechtsordnung». Abstufungen nach bestimmten Kriterien sind beim Vorliegen triftiger Gründe nicht ausgeschlossen, sie bedürfen indessen einer gesetzlichen Grundlage.⁸ Zudem gewährleistet die Rechtsordnung keine Gleichstellung der Personen in Bezug auf ihre persönliche, wirtschaftliche und soziale Stellung. Welche Rechte und Pflichten die einzelne Person tatsächlich hat, wird m.a.W. durch Art. 11 ZGB nicht vorgegeben.

b) Alter

Das Alter hat an sich *keinerlei Einfluss* auf die Rechtsfähigkeit.⁹ Das Kind ist ebenso wie erwachsene Personen Träger von Rechten und Pflichten.¹⁰ Indessen gibt es gewisse Rechte, die einer Person nur zustehen, wenn sie ein bestimmtes Alter erreicht hat, und bei deren Ausübung der Minderjährige auch nicht vertreten werden kann. Das gilt z.B. für das *Recht auf Eheschliessung* und für das *Recht, ein Testament zu errichten*.¹¹ Soweit die entsprechende Rechtsausübung zufolge absoluter Höchstpersönlichkeit (dazu nachfolgend Rz 21 und hinten Rzn 242 ff.) vor Erreichen der Altersgrenze keine Vertretung zulässt, bleiben den Betroffenen die entsprechenden Rechtsbereiche verschlossen. Das kommt mindestens im Ergebnis einer Einschränkung der Rechtsfähigkeit gleich. Darüber hinaus gibt es in anderen Normen des öffentlichen und des Privatrechts teilweise Alterserfordernisse, etwa bei der Religionsmündigkeit (Art. 303 Abs. 3 ZGB), im Adoptionsrecht oder bei Namenserkklärungen (Art. 270b ZGB).¹²

c) Geschlecht

Die Ausnahmen vom Prinzip der *gleichen Rechtsfähigkeit von Mann und Frau*, wie sie bis vor Kurzem auch im Privatrecht noch da und dort bestanden haben, sind inzwischen weitestgehend weggefallen.

Bis am 1.1.2000 traf etwa die Pflicht zur Übernahme eines vormundschaftlichen Amtes gemäss aArt. 382 Abs. 1 ZGB nur Männer. Gewisse *Ausnahmen*

⁸ BK-UCHER/AEBI-MÜLLER, N 69 zu Art. 11 ZGB.

⁹ BK-UCHER/AEBI-MÜLLER, N 70 zu Art. 11 ZGB.

¹⁰ Gleiches gilt in den Grenzen von Art. 31 Abs. 2 ZGB selbst für das noch nicht geborene Kind, dazu Rz 50.

¹¹ Art. 94 bzw. 467 ZGB: 18 Jahre.

¹² Für weitere Beispiele s. BK-UCHER/AEBI-MÜLLER, N 72 zu Art. 11 ZGB.